

**Dr. Werner Pfeil (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, vielen Dank! – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrte Kollegen! Die Einwohner der Grenzregion Aachen – und damit meine ich die Bürgerinnen und Bürger auf niederländischer, belgischer und deutscher Seite; nicht nur kleinräumlich auf Aachen beschränkt, sondern großräumig bis nach Düren, Heinsberg, Euskirchen, Maastricht, Eupen und St. Vith – sind seit Jahren in Sorge, in Sorge um Tihange und Doel und um die Sicherheit beider Reaktoren.

Zunächst zu den Fakten. Nach einer aktuellen Schätzung leben auf deutschem Staatsgebiet in einem Umkreis von ca. 100 km um das Kernkraftwerk 1,2 Millionen Menschen. Nach Angaben des Betreibers Electrabel ereigneten sich seit dem Jahr 2007 bereits 28 Störfälle der Stufe 1. Von der FANK wurden im Jahr 2014 insgesamt 3.149 Hinweise auf Schäden in Tihange 2 festgestellt. Bei der jüngsten Überprüfung im Frühjahr 2017 waren es 3.219 Risse. Wir sprechen in diesem Gebiet außerdem von einer Erdbebenzone. Hinzu kommt, dass die Informationspolitik von Electrabel als sehr zurückhaltend zu bezeichnen ist. Diese Fakten sind seit Jahren bekannt.

Sodann zu den Maßnahmen der Region. Die Region hat dagegen mobilisiert. Seit 2011 gab es vielfach Demonstrationen für mehr Sicherheit und Forderungen nach einer Abschaltung. Ich persönlich war einer dieser 50.000 Bürgerinnen und Bürger, die am letzten Sonntag mit der Menschenkette deutschlandweit auf die seit Jahren bestehende Problematik aufmerksam gemacht haben. Als Mitglied des Städteregionstages Aachen habe auch ich für die beiden Klagen gestimmt, die im Jahr 2016 eingereicht wurden.

Und jetzt zur rechtlichen Einordnung des Problems. Es handelt sich um

ein rechtlich schwieriges Thema, da beide Reaktoren nicht auf deutschem Hoheitsgebiet stehen,

(Beifall von Thomas Röckemann [AfD])

und zum anderen, weil die Energieversorgung des Königreichs Belgien spezieller Natur ist. All diese Umstände und Tatsachen waren der alten Landesregierung über mehrere Jahre bekannt, und all diese Umstände und Tatsachen sind auch der neuen Landesregierung bekannt, deren Minister vor einigen Minuten vereidigt wurden.

Nun zum Antrag der grünen Fraktion. Das mit dem Antrag verfolgte Ziel soll durch Fortsetzung der bisherigen rot-grünen Landespolitik erreicht werden. Jedoch stellt sich die Frage, ob der eingeschlagene Weg der letzten Jahre richtig und erfolgreich war, um das erstrebte Ziel zu erreichen. Dies muss man verneinen, denn sonst hätte es offenbar dieses Antrags nicht bedurft. Auch hätte es keiner Klagen und keiner Menschenkette am Wochenende bedurft.

Es stellt sich nun die Frage: Welcher Weg, den wir einschlagen, ist der richtige? – Hier kann es nur eine Antwort geben. Sie lautet: Gespräche führen. Gespräche gemeinsam mit unseren Nachbarn, mit der belgischen Regierung, mit der EU-Kommission, der deutschen Bundesregierung und dem Bundesumweltministerium führen. Genau das sieht der Entschließungsantrag von CDU und FDP vor.

Ein solch wichtiges Thema, das die Sicherheit und die körperliche Unversehrtheit von mehreren Millionen Menschen zum Gegenstand hat, kann niemals zur Unzeit kommen, aber es hätte dieses Antrags der Grünen heute und jetzt nicht bedurft – wenige Minuten, nachdem die Landesregierung vereidigt wurde. Effektiver wäre es gewesen, den Antrag

---

für eine reguläre Beratung im Juli-Plenum einzureichen, damit zuvor die ersten Gespräche hätten geführt werden können.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir wollen eine neue Art des politischen Umgangs mit unseren belgischen Nachbarn einleiten und pflegen und damit die wichtigen Ziele – zum einen einen dauerhaften Schutz für die Bevölkerung durch das Abschalten von Tihange und Doel, zum anderen Sicherheit – erreichen.

Minister Remmel hat stets die Bundesregierung und Bundesumweltministerin Barbara Hendricks in die Pflicht genommen. Das ist auch notwendig, aber es ist nicht genug. Nein, das ist entschieden zu wenig. Die neue Landesregierung will und wird durch Gespräche mit unseren Nachbarn mehr unternehmen. Dabei kommt es aber gerade auch auf den richtigen Ton an, denn sonst wird gut Gemeintes eher schaden als nutzen.

Im europäischen Miteinander und gerade auch bei Konflikten, die sich grenzüberschreitend auswirken, ist es gerade nicht angesagt, unseren Nachbarn oberlehrerhaft vorzuschreiben, was gut und was richtig ist und was zu tun ist.

In unserem Koalitionspapier heißt es:

„In Gesprächen mit der Europäischen Kommission und unseren Nachbarn wollen wir Perspektiven für Energielieferungen aus den Niederlanden und Nordrhein-Westfalen als Ausgleich für die abgeschalteten belgischen Atomkraftwerke entwickeln.“

Die neue Landesregierung – und an der Spitze unser Ministerpräsident – wird mit der zuständigen EU-Kommission und mit der belgischen

---

Regierung das Gespräch suchen, um genau dies umzusetzen, nämlich erstens die absolute Sicherheit von mehreren Millionen Menschen, zweitens die Gewährleistung der Energieversorgung in Belgien und drittens den Ausbau der Netzverbindungen zwischen Belgien und NRW und die stärkere Integration Belgiens in den Energiebinnenmarkt. Es ist ein absoluter Anachronismus, dass es bis heute keine direkte Stromverbindung zwischen Belgien und NRW gibt.

Von diesem Geist ist unser CDU-FDP-Koalitionspapier getragen und genau so gehen wir mit unserem Antrag 17/57 vor. Ich bitte deshalb um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Pfeil. Sie haben die Redezeit etwas überschritten, was wir Ihnen bei der ersten Rede nachsehen. – Ich darf dann, ebenfalls zu seiner ersten Rede, Herrn Abgeordneten Christian Loose von der AfD das Wort erteilen.